

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Dezember 2017

12/2017

Mit Mut und Elan ins neue Jahr 2018

Es liegt in unserer Hand, was wir daraus machen

Das neue Jahr steht schon fast vor der Tür. Es hält wieder viele neue Aufgaben und Prüfungen, auch für uns LINKE, bereit. Wahrscheinlich Ende April 2018 kann in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl von den Bürgern des Landkreises OPR ein neuer Landrat gewählt werden. In Kyritz und Wusterhausen/Dosse stehen die Bürgermeisterwahlen ins Haus. Die Landtags- und Kommunalwahlen 2019 müssen langfristig vorbereitet werden.

Das bedeutet, auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gilt es, den Bürgerinnen und Bürgern unsere Ziele und Visionen, unsere Politik nahe zu bringen, sie mitzunehmen und sich gemeinsam für eine menschlichere Gesellschaft zu engagieren.

Unsere zuständige Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig gibt uns im nachfolgenden Artikel einige Anregungen und Hinweise zur weiteren Gestaltung der Zukunft Brandenburgs aus linker Sicht.

Fakt ist, die Bundesrepublik und so auch das Land Brandenburg stehen vor großen Veränderungen. Nicht nur die Digitalisierung der Arbeitswelt, auch die der Verwaltungen, erfordern neue Wege. Neue Wege, die wir Bürgerinnen und Bürger und Verwaltungen gehen müssen. Dabei wird es darauf ankommen, dass wir sie gemeinsam gehen, jeder mit dem notwendigen Willen und Können zur Veränderung und des Miteinanders. Dazu

wird das Land nicht nur im Bund für mehr Unterstützung werben, sondern auch selbst für Unterstützung der Kommunen sorgen.

Und doch wird Digitalisierung nicht alles sein. Sie ist ein wichtiger Schritt der notwendigen Mobilität, aber nicht der Einzige. Mit dem Strategiepapier der LINKEN zur weiteren Entwicklung unseres Landes machen wir auf die Komplexität der Aufgaben der Zukunft aufmerksam. So hat die Landesregierung beschlossen, 200 Millionen Euro - zusätzlich zu den bereits beschlossenen Mitteln - für die Verbesserung der Straßeninfrastruktur der Kommunen und des Landes einzusetzen. Auch die Barrierefreiheit für Bus und Bahn soll damit deutlich verbessert werden. Und bei aller Kompliziertheit sollen die »Wege übers Land« auch weiterhin gesichert werden. Aber machen wir uns nichts vor, es wird auch von der Nutzung der Angebote abhängen, ob diese bestehen bleiben.

Wichtig ist uns LINKEN zugleich die Stärkung des Ehrenamtes. Dies gilt so-



Auch im neuen Jahr ist DIE LINKE - hier in Kyritz - wieder dabei, wenn es heißt: Keine Gewalt gegen Frauen!
Foto: Giese

wohl für die Feuerwehren des Landes als auch für die Bereiche Kultur, Sport und für die vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker in den Städten, Gemeinden und Kreistagen. Dafür soll auch die Erweiterung der Ehrenamtskarte sorgen. Und die schrittweise Einführung des kostenfreien Kitabesuches wird tausende Eltern entlasten.

Letztlich geht es uns um die Verbesserung des Zusammenhalts der Gesellschaft, die nur dadurch zu erreichen ist, wenn es uns gelingt, die Bedingungen für das Leben des Einzelnen und für das Miteinander aller zu verbessern. Aber es gilt auch: Dafür müssen wir alle bereit sein. Wir LINKEN können es vorleben. Also tun wir es!

Auch 2018 - auf zur LL-Demo nach Berlin

Treffpunkt

und Abfahrt mit dem Bus am

14. Januar 2018

um 8.00 Uhr

an der Geschäftsstelle der LINKEN,
Schinkelstr. 13 in Neuruppin



Neujahrsempfang

DIE LINKE. OPR

Donnerstag, 25.01.2018, 17 Uhr

Ristorante Trattoria Casa Nostra,
Uferweg 1, 16868 Wusterhausen

Wir erwarten **Diana Golze**,
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie des Landes
Brandenburg

Ausgefragt und informiert

Oft fast unbemerkt, weil nicht viel davon in der Zeitung steht, finden im Neuruppiner Haus der Begegnung in der Franz-Künstler-Straße Vorträge und Veranstaltungen statt. So hat zum Beispiel Margarete Jungbluth, ehemalige stellv. Bürgermeisterin der Stadt, bereits vor einigen Monaten die Diskussionsreihe »Nachgefragt« ins Leben gerufen. Auch Bürgermeister Golde war ihr Gesprächspartner. Manches Interessante über Stadtentwicklung, Stadtprobleme, Stadtaussehen und Stadtsauberkeit war zu erfahren.

Wenige Tage später war Rechtsanwalt Ulrich Günther aus Neuruppin Gast eines Diskussionsabends über Fragen zu Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung, ein wichtiges Thema gerade auch für äl-

tere Bürger. Eigenartigerweise aber hatte dieser Abend sehr wenige Teilnehmer.

Über das Storchendorf Linum informierte Dr. Hermann mit sehr schönen Lichtbildern an einem Novembernachmittag. Es war schon sehr interessant, mehr über diese Vögel zu erfahren und auch über die wissenschaftliche Arbeit, die vom Lektor und freiwilligen Helfern im Storchendorf geleistet wird, um das Naturschauspiel vielen Menschen nahezubringen. Besonders an den vorherbstlichen Wochenenden kamen viele Besucher, besonders auch aus Berlin. So haben die schönen Vögel das Dorf berühmt gemacht.

Am ersten Dienstagabend im Januar informiert Rechtsanwalt Günther über ein anderes Thema. ch-

z. B. einen Schulwechsel von Bundesland zu Bundesland fast unmöglich macht. Kurz gesagt, das Bildungswesen ist ein unterfinanzierter, von der Politik vernachlässigter Bereich.

Deshalb hat DIE LINKE im Bundestag die Initiative ergriffen. Am 22. November hat der Bundestag über den Antrag unserer Bundestagsfraktion zur »Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung« entschieden. Außer der AfD stimmten alle Fraktionen dafür, den Antrag in den Hauptausschuss zu überweisen. Ziel dieses Antrages soll sein, dass sich Bund und Länder an einen Tisch setzen, um ein geeignetes Verfahren zu finden, wie sich der Bund an der Finanzierung der gemeinsamen Bildungsaufgabe beteiligt, ohne die föderale Verantwortung der Länder infrage zu stellen.

Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

Initiative der LINKEN

Seit Jahren kritisiert DIE LINKE die »Kleinstaaterie« im deutschen Bildungssystem. Jedes Bundesland macht im Bildungswesen, was es will, und ist auch selbst für die Erhaltung der Gebäude und die Einstellung und Vergütung der Lehrer verantwortlich. Somit wurde es immer mehr zur Praxis, dass Bildung je nach Kassenlage finanziert wird. In der Schullandschaft herrscht Lehrermangel, die Schulgebäude sind teilweise in katastrophalem Zustand und an vielen Schulen fällt immer mehr Unterricht ersatzlos aus.

Das Bildungswesen in Deutschland ist ein »Flickenteppich«, wo es keinen einheitlichen zentralen Lehrplan gibt, was

Unsere Genossin

Charlotte Glaser

ist, kurz vor ihrem 84. Geburtstag, am 7. Oktober 2017 verstorben.

Vielen Rheinsbergern ist sie vor allem durch ihr Engagement und die Liebe zu ihrem Beruf als langjährige Lehrerin 1975-1994 in der Sonderschule bekannt. Die spezielle Aufgabenstellung der Lehrer für die Erziehung und Bildung dieser Kinder erforderte ein besonderes Einfühlungsvermögen, das sie, auch nach der Aussage ihrer ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, über viele Jahre bewiesen hat. Hohe Einsatzbereitschaft zeigte sie nach der Wende auch bei der Organisation und Durchführung von Reisen für die Senioren der Volkssolidarität.

Charlotte Glaser wird nicht nur bei den Mitgliedern unserer Partei, sondern sicher auch in den Herzen vieler Menschen in Rheinsberg in guter Erinnerung bleiben!

Regionalverband DIE LINKE. Rheinsberg-Lindow
Kreisvorstand DIE LINKE. OPR

Kommentar

Jamaika ist gescheitert

Da hatten sich vier bürgerliche Parteien (die Grünen kann man getrost dazu zählen, denn links sind sie schon lange nicht mehr) zusammengefunden und wollten auf Wunsch der CDU/CSU eine Regierung unter Merkels Führung bilden. Von Anfang an sagten die Beteiligten, dass es keine »Liebesheirat« werde, sondern nur eine »Zweckehe«. Immer wieder betonten Politiker von CDU/CSU, FDP und Grünen, es gehe ihnen um das Wohl Deutschlands - und somit müssten auch Abstriche an ihren Wahlversprechen gemacht werden. Dass dies aber nur bis zu einem gewissen Punkt möglich ist, sagten viele Bürger und Politiker voraus und warnten vor einem Scheitern. Aber, dass gerade die FDP das Handtuch geworfen hat, verwunderte nicht nur mich. Eher hätte ich damit gerechnet, dass die Grünen sich mit der CSU nicht einigen können. Gab es doch zu viele Gegensätze, gerade in der Flüchtlings- und Klimapolitik. Es stimmt zwar, und es ist auch nachvollziehbar, dass irgendwann Schluss ist, wenn man sich zu sehr verbiegen muss.

Was nun, Frau Merkel? Jetzt auf die SPD zu setzen und eine Neuauflage der großen Koalition zu favorisieren, ist meiner Meinung nach der falsche Weg. Wurde doch Schwarz/Rot am 24. September krachend abgewählt. Die SPD hat meiner Meinung nach daraus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen, aber die führenden CDU/CSU-Politiker kleben an der Macht. Frau Merkel sollte jetzt die »Reißleine« ziehen und ihren Stuhl räumen. Somit könnte sie noch etwas Gutes für Deutschland tun.

Dazu Katja Kipping, Parteivorsitzende der LINKEN: »Die schwarze Ampel ist krachend gescheitert. ... »Es muss jetzt dringend Neuwahlen geben.« Neuwahlen, das ist die demokratisch angemessene Konsequenz. Da würde sich auch zeigen, dass das System Merkel nicht mehr mehrheitsfähig ist. »Nach dem Scheitern einer Mitte-Rechts-Regierung ist die Zeit für eine linke Alternative gekommen.«

Hier ist jetzt die SPD gefordert. Schulz und Co. müssen endlich ihre strikte Ablehnung eines rot-roten Bündnisses aufgeben. Dass wir gut mit der SPD regieren können, zeigt sich nicht nur in Brandenburg.

hjm

Nachholbedarf für Deutschland

Die »Dorfbewegung« - kann Brandenburg die Vorreiterrolle übernehmen?

Vorweg: DIE LINKE hat auf allen politischen Ebenen, d.h. von europäischer, bundes-, landes- und auch kommunalpolitischer Ebene die - bis heute leider noch nicht allen in und außerhalb der LINKEN bekannte - Dorfbewegung unterstützt. Vor Ort ist es an erster Stelle Kirsten Tackmann, die schon seit Beginn ihrer Abgeordnetentätigkeit 2005 die Dorfbewegung in Brandenburg aktiv unterstützt.

Daher ist es eigentlich schon lange »fällig«, auch in der Märkischen Linken einmal ein paar Aspekte zur Dorfbewegung darzustellen.

Was ist die Dorfbewegung?

Eine Dorfbewegung ist keine Organisation oder administrative Struktur, sondern eine zivilgesellschaftliche Bewegung in den Dörfern. Das heißt, sie besteht in erster Linie aus Dörfern, die »sich bewegen«, d.h.:

- Dorfgemeinschaften kümmern sich um ihr Dorf, gestalten es,
- Dörfer vertreten ihre Interessen gemeinsam.

In der Dorfbewegung geht das Engagement weit über die kommunalpolitisch verankerten Strukturen hinaus, Ortsbeiräte und Ortsvorsteher können eine Rolle spielen, sie müssen es aber nicht unbedingt.

Die Dorfbewegung hilft, das bürgerschaftliche Engagement der Dorfgemeinschaften zu fördern, die meist viel mehr Werte produzieren, als an Fördermitteln eingeflossen ist. Politische Entscheidungsträger aller Ebenen profitieren von einer funktionierenden Dorfbewegung.

Zum Begriff »Dorf«

Dörfer als relativ kleine Siedlungen sind überschaubare lokale Gemeinschaften mit einer hohen sozialen Kontaktdichte. Engagement in der Gemeinschaft ist ein Grundelement der Lebendigkeit und Zukunftsfähigkeit eines Dorfes.

Wenn aus Gründen der Verwaltungseffizienz eine staatliche Reform Dörfer, die bislang selbstständige Gemeinden und somit als lokale Gemeinschaften Subjekte ihrer eigenen Entwicklung waren, zu größeren Gemeinden zusammenschließt und der größte Teil dieser Dörfer zu Ortsteilen von Gemeinden wird, bleiben

diese Dörfer dennoch in der Regel räumlich abgegrenzte ländliche Siedlungen und lokale Gemeinschaften.

Ein grundlegender Fehler der Landespolitik war, dass Dörfer als Ortsteile weitgehend ihr Recht auf Selbstbestimmung verloren haben. Viele Konflikte, die wir heute in den ländlichen Regionen haben, liegen zum Teil in dem zum Teil großen räumlichen und persönlichen Abständen zwischen Entscheidungsträgern (Stadtverordnete, Kreistagsabgeordnete usw.) und den von den Entscheidungen Betroffenen in den Dörfern. Nur ein Beispiel: Regulär in Planungsverfahren zur Windkraft werden Gemeinden und der Kreistag einbezogen. Die Dörfer, in deren Gemarkung die Anlagen gebaut werden, werden nicht zwingend einbezogen und Entscheidungsbefugnis gibt es für sie ohnehin nicht. Dass in Brandenburg so viele Bürgerinitiativen gegen kommunale Vorhaben existieren, ist kein Zufall, sondern liegt an dem Demokratieverlust, der mit der letzten Gemeindegebietsreform verbunden ist.

Dorfbewegung in Brandenburg

In Brandenburg gibt es nun schon seit drei Jahren die »brandenburgische Dorfbewegung«, organisiert im Verein lebendige Dörfer Brandenburgs. Regional liegen Aktivitätsschwerpunkte im Süden und Osten Brandenburgs. Auf Landesebene wurde sie einbezogen in die Enquetekommission zur Zukunft des ländlichen Raums, am von der Landesregierung organisierten Dorf- und Erntefest in Raddusch (Spreevald) war sie aktiv beteiligt. Auftritte zur Internationalen Grünen Woche in Berlin, im Bundestag sowie im Potsdamer Landtag kommen hinzu.

Europäisches Parlament der Dörfer

Die brandenburgische Dorfbewegung hat sich international direkt am europäischen Parlament der Dörfer, das im Oktober in den Niederlanden stattfand, beteiligt. Hier wurde deutlich, dass in vielen europä-



Mitglieder des Vorstandes (v.l.): Günter Thiele, Melanie Kossatz und Andreas Bergmann
Foto: Bergmann

schen Ländern eine starke Dorfbewegung mit national organisierten Parlamenten der Dörfer existiert. Auf Europa-Ebene hat die Dorfbewegung »Beraterstatus« bei der EU-Kommission und damit direkte Mitwirkungsmöglichkeit bei der Gestaltung der Politik für ländlichen Räume der EU.

Ein Beschluss in der Abschlussresolution des Parlaments der Dörfer in Holland war, die Dorfbewegung möglichst in allen EU-Mitgliedsstaaten zu unterstützen und dazu beizutragen, nationale Parlamente der Dörfer zu organisieren. Ein wichtiges EU-Land, wo Nachholbedarf besteht, ist Deutschland!

Gelingt es in Brandenburg, mittelfristig auf Landesebene ein Parlament der Dörfer zu organisieren, steigen die Chancen auch auf eine bundesweite Kampagne.

Demokratie vor Ort stärken!

Dass die Politik für die ländlichen Regionen an Bedeutung gewinnt, wurde gerade aktuell in den Sondierungsgesprächen der »Jamaikaner« deutlich. CDU/CSU und auch die SPD haben den Themenbereich ebenfalls auf die Agenda gesetzt. Kein Wunder, denn die Wahlergebnisse der Bundestagswahl haben gezeigt, dass gerade in ländlichen Regionen die AfD stärker wurde.

Die Dorfbewegung kann helfen, Demokratie vor Ort zu stärken und die Interessenvertretung der Menschen in den ländlichen Räumen zu verbessern.

*Andreas Bergmann
Vorstand im Verein
lebendige Dörfer Brandenburg
(siehe auch: www.lebendige-dorfer.de)*

Bundestagsreport

Leider keine Sternstunde des Parlaments

Alleingang des Bundesagrarsministers wird »hart« bestraft

Kaum jemand, der sich wenigstens dann und wann politisch informiert, hat mit einer schnellen Koalitionsfindung und Regierungsbildung im Herbst 2017 gerechnet - zu offen war die Bündnisfrage im Wahlkampf gelassen worden. SPD und Grüne hatten zwar erstmalig eine Koalition mit der LINKEN nicht mehr ausgeschlossen, aber letztlich war für die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler wohl allzu leicht erkennbar, dass ein solches Mitte-links Bündnis nicht ernsthaft gewollt wurde. Eher war gerade für die Grünen eine Jamaika-Koalition eine attraktive Tür zur Macht. Dass trotz wochenlangen Sondierungsgesprächen die FDP am Ende das Bündnis doch verweigerte, war aus linker Sicht gut, da es eine beschleunigte Umverteilung von unten nach oben bedeutet hätte.

Das darauffolgende Chaos zeigt, dass Union, Grüne, aber auch FDP keinen Plan B hatten. Aber auch das Agieren der SPD zeigt ihre politisch-strategischen Defizite im Umgang mit dem Wahlergebnis, obwohl es nicht wirklich überraschend war. Eine prinzipielle Verweigerung einer erneuten Großen Koalition war nach dem Scheitern von Jamaika ebenso wenig überzeugend wie eine Neuwahl ohne alternatives politisches Angebot. Die dritte Option, eine Minderheitenregierung, wäre in Deutschland vollkommenes Neuland, aber ein Zugewinn an Demokratie, der zum Beispiel in skandinavischen Ländern gelebte Praxis ist.

Wie der Machtpoker ausgeht, ist aktuell vollkommen offen, aber eigentlich auch gar nicht so entscheidend. Denn in der Zwischenzeit könnte das Parlament mal zeigen, dass die Bundesregierung überbewertet wird und Entscheidungen des Gesetzgebers ohne Koalitionszwang die parlamentarische Demokratie beleben können. Dazu müsste allerdings die vollständige Arbeitsfähigkeit hergestellt, also auch die Fachausschüsse konstituiert werden. DIE LINKE hat eben dies beantragt, weil aus unserer Sicht auch für eine geschäftsführende Bundesregierung alle parlamentarischen Strukturen gebraucht werden. Aber alle anderen Fraktionen haben leider nur einen Hauptausschuss beschlossen, wenn auch SPD und Grüne in der Plenumsdebatte bereits Skepsis dazu äußerten.

Auch inhaltlich fordert die Linksfraktion das koalitionsfreie Parlament sofort heraus, etwa durch Anträge zu wichtigen Forderungen, die nicht nur in unserem Wahlprogramm standen, sondern auch bei anderen Parteien. Zum Beispiel das Kooperationsverbot bei der Bildung, das eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur Verbesserung der Schulen verhindert. Oder die immer noch ausstehende Ost-Rentenangleichung für in der DDR geschiedene Frauen. Ein Antrag der LINKEN, der immer wieder nur mit Verweis auf den Koalitionszwang abgelehnt wurde. Die anderen Fraktionen haben



nun die Chance zu zeigen, dass sie solche Positionen ernst gemeint haben.

Allerdings hat sich in den vergangenen Tagen auch gezeigt, wie chaotisch die Verhältnisse gerade sind. Es ist ein einmaliger Vorgang, dass sich Bundesagrarsminister Schmidt über die Geschäftsordnung der Bundesregierung und die Anweisung aus dem Kanzleramt hinwegsetzt und in Brüssel für die Bundesrepublik der Wiederzulassung von Glyphosat für 5 Jahre zugestimmt hat. Der ehemalige Verteidigungsstaatssekretär hat also quasi den Befehl verweigert. Die Ermahnung der Kanzlerin, dass sich dies nicht wiederholen dürfe, war die einzige »Strafe«. Was für ein Trauerspiel auf Kosten von uns allen! Das lässt nichts Gutes erwarten - egal, was da kommen mag.

Kirsten Tackmann, MdB

PS: Letzte Woche wurde im Hauptausschuss beschlossen, dass im Januar 2018 die Fachausschüsse konstituiert werden sollen. Wenn das Plenum dem folgt, könnten nun doch ab Januar die Fachausschüsse arbeitsfähig gemacht werden.

Fair handeln statt TTIP

JEFTA: Widerstand gegen Japan-EU-Freihandelsabkommen formiert sich

Im Brüsseler Europaparlament analysierten Anfang November mehr als 70 Organisationen aus Europa und Japan die bislang bekannt gewordene Fassung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Japan - JEFTA. Auf Einladung der EP-Linksfraktion GUE/NGL verglichen Expertinnen und Experten das JEFTA-Abkommen insbesondere mit dem vorläufig in Kraft getretenen CETA-Abkommen mit Kanada.

»Meine Fraktion und ich möchten Sie auffordern, selbst zu prüfen, ob die EU-Kommission aus der Kritik an CETA

und TTIP die richtigen Lehren gezogen hat«, wandte sich Helmut Scholz an die Konferenz. Der Brandenburger Europaabgeordnete ist Obmann der LINKEN im EP-Handelsausschuss (INTA).

»In großen Abkommen wie CETA und nun JEFTA geht es längst nicht mehr nur um freien Warenhandel. Es geht um das künftige Verhältnis öffentlicher und privater Dienstleistungen. Es geht um Einflussnahme auf Regulierungen und Standardsetzung. Es geht darum, wie wir produzieren, wie wir konsumieren, wie wir leben wollen.«

Die Konferenz war auch Anlass zur Präsentation dreier Studien im Auftrag der Linksfraktion. Analysiert wurden die Auswirkungen von JEFTA auf Finanzdienstleistungen, auf Umweltschutz und -Regulierungen, sowie auf Datenschutz und die Regulierung von Datenfluss und Datenhandel. Das Ergebnis: JEFTA folgt der Logik von CETA und geht in einigen kritischen Bereichen sogar darüber hinaus. Die Studien sind über das Büro des Abgeordneten Helmut Scholz (DIE LINKE) erhältlich.

(Quelle: <http://www.fair-handeln-statt-ttip.eu/de>)

Im Sozialrecht kein Rechtsstaat?

Oder Rechtsstaat nur für Leute mit gut gefülltem Geldbeutel?

Alle Parteien reden in ihren Sonntagsreden vom Rechtsstaat und von sozialer Gerechtigkeit. In der Praxis erfährt der Bürger, der in sozialen Bereichen auf qualifizierten Rechtsrat angewiesen ist, genau das Gegenteil. Nach einer aktuellen Studie (Anwaltsblatt 11/2017) lehnen 54 % der Rechtsanwälte die Übernahme von Mandaten im Sozialrecht ab. Ein großer Teil der übrigen Rechtsanwälte arbeitet im Sozialrecht nur mit Gebührenvereinbarungen, welche erheblich über den gesetzlichen Gebühren liegen. Selbst von den Sozialrechtlern lehnt ein zunehmender Teil die Übernahme von Mandaten im Bereich SGB II und SGB XII (Sozialhilfe und Grundsicherung) insgesamt ab.

Sind Sozialrechtsanwälte unsozial oder woran liegt dies?

Die gesetzlichen Gebühren werden vom Bundestag mit Zustimmung der Bundesländer festgelegt. Die Gebühren werden im Sozialrecht bewusst gering gehalten, da im Sozialrecht überdurchschnittlich viele Betroffene auf Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe angewiesen sind. Diese wird aus dem jeweiligen Landeshaushalt gezahlt und dort soll auf Kosten der Betroffenen gespart werden.

Was verdient ein Rechtsanwalt im Sozialrecht mit den gesetzlichen Gebühren? Nichts, er muss Geld mitbringen!

Glückwunsch!

Am 1. Dezember wurde Heidemarie Petruschke, langjähriges Mitglied der Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin, in Potsdam von Brandenburgs Sozialministerin Diana Golze (DIE LINKE) für ihr großes soziales Engagement mit dem Veltener Teller ausgezeichnet. Dieser wird vergeben an Menschen, die sich in herausragender Weise ehrenamtlich, besonders in der Seniorenarbeit, verdient gemacht haben.

In der Begründung heißt es: ».. Sie ist seit vielen Jahren Mitglied im Seniorenbeirat Neuruppin und leitet mit viel Herzblut die Basisgruppe in Karwe. Dort hat sich Frau Petruschke besondere Verdienste mit dem Aufbau des Hauses der Generationen erworben. Sie hat erfolgreich dafür gekämpft, dass dieses Haus offen gehalten wurde. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Generationen ...«

Beispiel Erstberatung:

Die gesetzlichen Gebühren der Beratungshilfe sind 35 € zuzüglich eines Eigenanteils von 15 € des Ratsuchenden. Nach Abführung der Mehrwertsteuer verbleiben 42,02 € Umsatz. Bei der Beschäftigung einer Fachanwaltsangestellten und übrigen Bürokosten hat der Rechtsanwalt höchstens 15 Minuten Zeit, wenn er das Mandant kostendeckend bearbeiten möchte. Wer schon mal einen SGB II-Bescheid gesehen und versucht hat, diesen zu verstehen und nachzurechnen, weiß, dass in dieser Zeit dies nicht zu schaffen ist. Somit muss der Rechtsanwalt entscheiden, diese Mandate abzulehnen oder er muss privates Geld einbringen, um den Mandanten fachgerecht beraten zu können.

Aber welcher Politiker, Verwaltungsmitarbeiter oder Arbeitnehmer zahlt pro Stunde einen Betrag an den Arbeitgeber ein, dass er arbeiten darf? Vom Rechtsanwalt wird dies offensichtlich von der Politik erwartet oder gehofft, dass genau aus diesem Grunde sich keine Rechtsanwälte finden, die sozial Betroffene fachkundig beraten und vertreten.

Beispiel Widerspruchsverfahren:

Wenn es gut geht, bringt ein solches Mandat 400 Euro Umsatz für eine Bearbeitungsdauer zwischen in der Regel zwei Monaten und mehreren Jahren, beim Landkreis OPR auch nicht selten acht Jahre. Bei einem Zeitaufwand von nur 10 Stunden für die Bearbeitung (häufig mehr) ergibt sich ein Stundenumsatz von 40 Euro.

Beispiel Klageverfahren:

War der Rechtsanwalt bereits im Widerspruchsverfahren tätig, erhält er für das Klageverfahren über zwei bis fünf Jahre circa 375 €. Geht man hier ebenfalls von wenigstens 10 Stunden Arbeitsaufwand aus, ergibt sich ein Stundenumsatz von 37,50 €. Wie gesagt, davon sind das Personal und sämtlich Bürokosten einschließlich Fortbildung, Miete, Technik usw. zu bezahlen. Wenn dann tatsächlich noch etwas übrig bleibt, hat der Rechtsanwalt nicht mal den Mindestlohn.



Foto: Pixabay

Will der Rechtsanwalt nicht selbst ergänzende Sozialhilfe erhalten, kann er somit solche Mandate überhaupt nicht annehmen. Der Anwalt kann sich entscheiden, sozialrechtliche Mandate weitestgehend zu vermeiden oder nur die Gebiete des Sozialrechts zu bearbeiten, wo er individuelle Gebührenvereinbarungen abschließen kann.

Auf der Strecke bleibt der Bürger, der sich einen fachkundigen Rechtsanwalt finanziell nicht leisten kann. Sei es im Bereich der Sozialhilfe, des schweren Kampfes um die Anerkennung der Schwerbehinderung, der Erwerbsminderungsrente oder des Arbeitsunfalls. Die Politiker von Bundes- und Landesregierungen, die Bundestags- und Landtagsabgeordneten müssen sich entscheiden, ob nur der Bürger mit gutem Geldbeutel seine sozialen Rechte durchsetzen soll oder dieses Recht allen Bürgern offen stehen soll.

Seit Jahrzehnten haben die Politiker sich für die erste Variante, die »Reichen«, entschieden. Bei der aktuellen Politik gibt es täglich viele Verlierer, welche aus ihrer ganz persönlichen Erfahrung mit der Politik, dem Rechtsstaat, den Sozialverwaltungen und Jobcentern AfD wählen, weil sie sich abgehängt fühlen, nicht mehr ernst genommen fühlen, den Sonntagsreden über soziale Gerechtigkeit nicht mehr vertrauen.

Gerd Klier,

Rechtsanwalt und im Ehrenamt

Vorsitzender des Fachanwaltsausschusses Sozialrecht der Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg

Die etwas andere Seite



Zur Entlastung der Polizei hat die Stadtverwaltung zwei Ordner zur Verkehrsüberwachung abgestellt! Foto: Achim Müller

Übrigens scheint es manchmal, als sei zur Lösung eines Problems ein Flachmann herangezogen worden.

Trotz Männergrippe habe ich eben eine Mücke mit bloßer Hand getötet. Der Jagdinstinkt eines Kriegers verlässt mich auch kurz vor dem Tod nicht!

Manchmal trinke ich einfach ein Glas Wasser, nur um meine Leber zu überraschen.



Manche mögen Sex mit Socken in Ordnung finden - ich finde ihn mit Frauen besser.

☺ ☺ ☺
In der Werkstatt: Neue Bremsen sind zu teuer. Was würde es denn kosten, die Hupe lauter zu machen?
☺ ☺ ☺
Bei der Musterung:
»Was ist mit ihrem linken Auge?«
»Das ist ein künstliches Auge!«
»Und, woraus ist das?«
»Aus Glas.«
»Ist ja logisch, sonst könnte man ja auch nicht durchgucken!«
☺ ☺ ☺
Manchmal benutze ich Fremdwörter, die ich nicht kenne, um inkontinent zu wirken.
☺ ☺ ☺

Letzte Nacht ist bei mir jemand eingebrochen und hat nach Geld gesucht. Ich bin aufgestanden und habe mit gesucht - leider erfolglos!

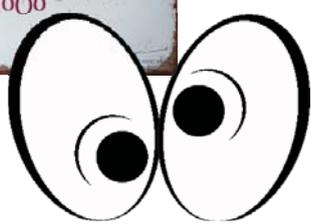


Falls es sich noch nicht herumgesprochen hat: Der Verdross ist allseitig. Nicht nur das Volk ist politikverdrossen, auch die Politik ist - volksverdrossen. Das Volk, vom Sozialpädagogen Heinrich Heine nicht umsonst als großer Lümmel titulierte, ist aufsässig, mäkelig, undankbar. Und auch noch wählerisch. Manchmal nicht einmal das. Muss sich die Politik alles bieten lassen? Nein. Deshalb findet auf dem Grundstück des Reichstages ein demokratiepolitisches Experiment statt: Dort werden zu Vergleichszwecken zwei Völker gehalten. Zunächst wird die Sache am Tier untersucht, konkret an der Biene. Sachsens Landtag, in dessen Einzugsbereich allerhand Leute meinen, sie seien das Volk, versucht es sogar mit vier Völkern. Alles natürlich unter strenger Aufsicht des wissenschaftlichen Parlamentsdienstes. Damit rückt endlich in greifbare Nähe, was der Politologe Bertolt Brecht als Vision entworfen hatte: dass die Regierung im Bedarfsfalle das Volk auflösen und ein anderes wählen kann. *wh* (unten links, neues deutschland vom 1. September 2017)



Schon wieder hat ein Lehrling seine Lehre abgebrochen! Foto: Achim Müller

ICH habe [KEINE] LÖSUNG
— ABER ich —
bewundere das PROBLEM



Fies ist es, den Gänsen jetzt schon zu versprechen, dass sie im Weihnachtsurlaub schön braun werden.

Und zum Schluss noch eine Meldung vom Sport: Beim Biathlon standen Tausende an den Hängen und Pisten.

Kinderarmut als Dauerzustand?

Beengtes Wohnen, wenig Geld für gesundes Essen, für Bildung oder Hobbys, kaum oder kein Urlaub: Wer als Kind so aufwachsen muss, hat kaum Chancen im Leben.

Rund 21% aller Kinder in Deutschland leben über mindestens 5 Jahre dauerhaft oder wiederkehrend in armen Verhältnissen, wie eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung ergab. Weitere 10% aller Kinder in Deutschland erleben Armut als kurzzeitiges Problem. All diese Kinder sind meist vom gesamten gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Deshalb muss dringend von den Regierenden eine völlig neue Familien- und Sozialpolitik gestaltet werden, um diese Missstände zu beseitigen. Der »Vererbungsprozess« von Armut muss durchbrochen werden, denn Kinder können sich nicht selbst aus der Armut befreien. Es kann und darf nicht sein, dass in einem so reichen Land, wie dem unserem, rund 25% der Kinder von der Entwicklung abgekoppelt sind. »Wer einmal arm ist, der bleibt lange Zeit arm« - damit können und dürfen wir uns nicht mehr abfinden.

Besonders armutsgefährdet

Besonders von Armut bedroht sind Kinder alleinerziehender Eltern, Kinder mit mindestens zwei Geschwistern und Kinder von Eltern mit geringer Qualifikation.

Ein armes Kind in Deutschland zu sein, bedeutet auf vieles zu verzichten, was für Freunde und andere Gleichaltrige zum normalen Leben, zum Aufwachsen gehört. Es bedeutet, dass man von vielen sozialen, kulturellen und anderen Aktivitäten, die altersgemäß normal sind, ausgeschlossen ist.

Von Entwicklung ausgeschlossen

Vielen armen Familien fehlt es an angemessen großem Wohnraum, sie haben oft keine Waschmaschine und keinen internetfähigen Computer, können sich keinen Kinobesuch leisten und keine Freunde zum Essen einladen. All das wirkt sich direkt auf die Kinder und deren Entwicklung aus.

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

02.01.	Inge Lüdke	Flecken Zechlin	zum 66.
05.01.	Jürgen Erfurth	Schweinrich	zum 73.
06.01.	Ursula Bumke	Heiligengrabe	zum 83.
10.01.	Heidmarie Spogat	Neuruppin	zum 65.
12.01.	Anette Bock	Kyritz	zum 64.
12.01.	Elfriede Selle	Kyritz	zum 86.
13.01.	Rudi Menzel	Neuruppin	zum 75.
15.01.	Joseph Schipka	Rheinsberg	zum 72.
21.01.	Doris Hochschild	Neuruppin	zum 63.
21.01.	Christa Horstmann	Neuruppin	zum 84.
22.01.	Marlen Trepte	Rüthnick	zum 84.
23.01.	Rudolf Brendler	Neuruppin	zum 69.
24.01.	Dieter Groß	Kyritz	zum 69.
26.01.	Manfred Meißner	Rheinsberg	zum 79.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!



Der »Teufelskreis«: Wer schon als kleines Kind arm ist und nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann, hat auch in der Schule nachweisbar schlechtere Chancen, was seine Möglichkeiten, später ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut zu führen, massiv verringert. Deshalb ist es ein Gebot der Stunde, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt familienpolitischen Handelns zu stellen.

hjm

Eine Keramikünstlerin

Es ist nicht die erste Ausstellung von Kunst in unserem Kreis, die in der kleinen Galerie in Lichtenberg, Dorfstraße 71, mit dem anspruchsvollen Namen »louversum« vom 01.12.2017 bis 02.04.2018 stattfindet. Dieses Mal stellt Ursula Zänker, unsere über den Kreis hinaus gut bekannte Kunsthandwerkerin, ihre Keramik-»Objekte« (so von ihr genannt) aus - Schalen, Vasen, Wandteller, vielartige Wandbilder, Figuren aus dem alten und immer wieder neuartigen Steinzeug. In den drei einfachen Ausstellungsräumen bestechen die modern geformten und farblich auffallenden kleinen Kunstwerke.

Die Eröffnung der Ausstellung an diesem 1. Dezember, (an der Dorfstraße nach Karwe nicht unbedingt leicht zu finden), war außerordentlich gut besucht. Verleger Günter Rieger (der auch einen sehr ansprechenden Katalog ihrer Werke gestaltet und ihn extra für diesen Tag herausgegeben hat, würdigte in herzlichen Worten Arbeit, Gestaltungsfreude und vielfältige Ideen von Ursula Zänker und sprach von der Bereicherung ihres Wirkens für unseren Kreis.

Die Ausstellung ist an den Wochenenden ganztägig in der Zeit von 11 bis 17 Uhr zu besichtigen und wird von Frau Leuschner betreut. Weitere Termine nach telefonischer Vereinbarung unter 03391/855829.

ch-

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. KV. OPR

IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin

Einfach verschwunden?

Unser Leben steckt darin

Ein interessantes Buch - mehr ein Bildband mit Erklärungen, wenn auch nur kurzen Texten - ist schon 2016 auf den Markt gekommen: »Die verschwundene Arbeit: DDR-Betriebe, die es nicht mehr gibt«. Es ist ein Buch vom Verlag Bild und Heimat und berichtet mit aussagekräftigen Fotos und kurzen Texten über 69 große und bedeutende Betriebe der DDR, die es seit der politischen »Wende« nicht mehr gibt. In Wirklichkeit sind es allerdings noch viel mehr Betriebe, die nicht mehr existieren.

In einem kurzen »Nachwort« zum Buch heißt es: »Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende Mensch«, so formulierte der Philosoph Ernst Bloch in der Tradition Karl Marx. In der DDR hatte Arbeit einen hohen Stellenwert, waren sozialistische Betriebe ein Zentrum des sozialen und gesellschaftlichen Lebens. Mit dem Ende des Arbeiter- und Bauern-Staates wurden die meisten der rund 8.000 volkseigenen



Betriebe und Kombinate abgewickelt - Hunderttausende verloren ihre Arbeit, für viele war es schwer, im vereinten Deutschland noch einmal Fuß zu fassen...

ch-



Eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit, einen fröhlichen Jahreswechsel

und viel Freude und Glück für das kommende Jahr

wünschen allen Lesern und ihren Familien

Kreisvorstand, Regionalvorstände und Redaktion der Märkischen Linken!



Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Donnerstag, 04.01.18	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 04.01.18	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 08.01.18	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 08.01.18	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Sonntag, 14.01.18	Luxemburg-Liebke-Necht-Ehrung 10-13 Uhr, Berlin - 8 Uhr Bus ab Kreisgeschäftsstelle
Mittwoch, 24.01.18	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 25.01.18	Neujahrsempfang DIE LINKE. OPR Ab 17.00 Uhr, Wusterhausen - Uferweg 1, Ristorante Trattoria Casa Nostra

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin
V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm), Egbert Nowack (en), Marco Christian Wiese (MaC)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: **Fr., 05.01.2018**
Erscheinungsdatum: **Mi., 17.01.2018**

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
1. Montag des Monats 14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 13.00 - 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr